

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Vierteljährlicher Abonnementspreis 0,75 M.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Erich Dunder)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
Fernsprecher: Amt Königstadt, Nr. 4720.

Nr. 99.

Berlin, Mittwoch, 10. Dezember 1913.

Fünfundvierzigster Jahrgang

Inhaltsverzeichnis:

Die Arbeitslosenversicherung vor dem Reichstage. — Betrachtungen zum 3. Deutschen Arbeitertag. — Von der Arbeitsteilung und der Beschäftigung minderwertiger Arbeitskräfte. — Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereins-Zeit. — Verbands-Zeit. — Briefkasten.

Wer schnell und zuverlässig über alle Vorgänge in der Arbeiterbewegung und besonders in unserer Organisation unterrichtet sein, wer die sozialpolitischen Ereignisse vom Standpunkt der Deutschen Gewerksvereine beleuchtet haben will, der werde sofort Leser des

„Gewerksverein“.

Bestellgeld pro Quartal 75 Pf., bei wöchentlich zweimaliger Zustellung durch die Post 93 Pf. Bestellungen nimmt die zuständige Postanstalt und auch der Briefträger entgegen.

Die Arbeitslosenversicherung vor dem Reichstage.

Die Frage der Arbeitslosenversicherung leidet an dem Mangel, daß ihre Durchführung von der einen Instanz immer der anderen zugeschoben wird. Das zeigte sich hier und da auch bei der Beratung einer sozialdemokratischen Interpellation, in welcher der Reichskanzler nach den Maßnahmen gefragt wurde, die er gegen die schlimmen Folgen der Arbeitslosigkeit zu treffen gedanke, und ob er insbesondere bereit sei, eine allgemeine, Arbeiter und Angestellte umfassende reichsweite Arbeitslosenversicherung in die Wege zu leiten, sowie zur Bekämpfung der zurzeit besonders sich geltend machenden Folgen der Arbeitslosigkeit geeignete Abhilfemittel zu ergreifen.

Begründet wurde diese Interpellation durch den sozialdemokratischen Abgeordneten Silberstein, der einleitend die Bestrebungen schilderte, die hier und da zur Milderung der Folgen der Arbeitslosigkeit getroffen sind. Mit Recht wies er darauf hin, daß die Gewährung einer Subvention zur Förderung der städtischen Arbeitslosenunterstützung durch den hiesigen Landtag die erste grundsätzliche Zustimmung eines deutschen Bundesstaates sei. Im übrigen seien auch sonst weitere Kreise allmählich zu der Auffassung gelangt, daß zur Milderung der Folgen der Arbeitslosigkeit eine gesetzliche Regelung notwendig sei. Die verschiedenen Richtungen in der deutschen Arbeiterbewegung stimmen überein in der Forderung einer reichsweiten Regelung. Redner verbreitete sich dann an der Hand eines reichhaltigen amtlichen Materials über die Ausdehnung der herrschenden Arbeitslosigkeit. Trotzdem würden noch alljährlich Hunderttausende von Ausländern herangezogen. Die Folge sei, daß, wie auch die Gewerbeinspektoren zugeben müssen, die Einstellungsgrenze des Arbeiters bereits das 40. Lebensjahr ist. Die Zahl der Arbeiter, die im Alter von über 50 Jahren noch beschäftigt werden, sei immer mehr zurückgegangen. Ihre Ursache hätten diese wirtschaftlichen Erscheinungen in der verkehrten Produktionsweise und in der deutschen Wirtschaftspolitik, und ihre Folgen, die noch veridärlt würden durch die herrschenden Leerverhältnisse, zeigten sich in der Zahl der Eigentums-

vergeben, im Geburtenrückgang und in der mangelnden Kauf- und Konsumkraft der Bevölkerung. Deshalb müßten umgehend Maßnahmen zur Linderung der Not getroffen werden durch Bekämpfung der Zuzugung fremdländischer Arbeitskräfte, durch Kostensenkungen und Regelung der Arbeitsnachweise. Die Hauptsache aber sei die Einführung einer Reichsarbeitslosenversicherung, die sehr wohl möglich sei, wie die Verhältnisse in England und in Dänemark deutlich zeigen. Träger der Reichsarbeitslosenversicherung müssen die Arbeitervereine sein.

Die Beantwortung der Interpellation hatte der Staatssekretär Dr. Delbrück übernommen, der nur die Schwierigkeiten sah, die der Lösung der Frage entgegenstehen. Zwar habe man schon seit mehreren Jahrzehnten sich mit der Angelegenheit beschäftigt. Spruchreif ist sie nach dem Herrn Staatssekretär aber immer noch nicht. Wegen der augenblicklichen schlechten Konjunktur dürfe man die Lösung des Problems nicht überstürzen. Die Hauptschwierigkeiten sieht der Staatssekretär in dem Mangel einer zuverlässigen Statistik, in den Lasten, die den Arbeitgebern durch die Reichsversicherungsordnung und durch die Angestelltenversicherung auferlegt seien und in dem mangelhaften Ausbau der Arbeitsnachweise. Man könne auch nicht Arbeiterorganisationen dadurch fördern, die sich selbst als Kampforganisation bezeichnen. Worin diese Förderung liegt, will uns nicht recht einleuchten. Durch die Einführung der staatlichen Arbeitslosenunterstützung werden doch die Organisationen nicht gefördert. Sie sollen ja nach wie vor ihren Mitgliedern die ihnen nach dem Statut zukommende Unterstützung gewähren. Seine Ausführungen faßte der Staatssekretär dahin zusammen, daß eine alle Angestellten und Arbeiter umfassende gesetzliche Arbeitslosenversicherung zurzeit noch nicht reif sei. Selbst wenn sich die Schwierigkeiten gegen die Durchführbarkeit einer solchen Versicherung überwinden ließen, so sei daran nicht zu denken, solange nicht Handel, Industrie und Landwirtschaft die neuen Belastungen durch die Reichsversicherungsordnung verarbeitet haben. Zunächst müsse die Arbeitslosenstatistik ausgebaut werden und ein sachgemäßer Ausbau der Arbeitsnachweise erfolgen. Mit anderen Worten: Die Regierung steht der reichsweiten Regelung der Arbeitslosenversicherung ablehnend gegenüber. Interessant an den Ausführungen des Staatssekretärs war das Zugeständnis, daß England uns in der neuesten Zeit auf dem Gebiete der Sozialpolitik vorangekommen sei.

In der Besprechung der Interpellation erklärte sich der Zentrumsabgeordnete Giesberts für die reichsweite gesetzliche Regelung. Die vorhandenen Schwierigkeiten seien nicht unüberwindlich. Beherrschend war der Vorschlag, eine Kommission einzusetzen, die sich mit der Frage der Arbeitslosenversicherung beschäftigen soll. Der nationalliberale Redner Dr. Duan erklärte ebenfalls, daß es keineswegs eine Ueberbannung der Sozialpolitik bedeute, unveränderte Arbeitslosigkeit zu lindern. Ihm scheine über die Lösung der Frage durch die Gemeinden der bessere Weg. Ueberaus wirkungsvoll leide der fortschrittliche Abgeordnete Weinhausen die Gründe dar, die seine politischen Freunde veranlassen, in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eine dringliche sozialpolitische, volkswirtschaftliche und kulturelle Pflicht zu erblicken. Er ist mit hervorragenden Nationalökonomien der Meinung, daß die Arbeitslosenversicherung das Dach auf dem Gebäude der sozialen Versicherung sein müsse. Der Einwand, daß die gesetzliche Arbeitslosenversicherung für die Arbeit-

ter einen Anreiz zur Faulheit bilden würde, sei nicht stichhaltig. Im Gegenteil, die herzubigende Aussicht, daß er auch bei Arbeitslosigkeit nicht zu verzweifeln braucht, werde für den Arbeiter ein Ansporn zu fleißiger Arbeit und zu Sparsamkeit sein. Die unverkennbaren Schwierigkeiten sind auch nach dieses Redners Ansicht keineswegs unüberwindlich. Abg. Weinhausen befuhrwortete warnend zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit die Förderung der inneren Kolonisation, den Ausbau der Arbeitsnachweise, und da die Regierung zunächst doch nicht für die gesetzliche Regelung der Frage zu haben ist, die Einsetzung einer Kommission zur Beratung der ganzen Frage. Die Bemerkung des Staatssekretärs, daß Deutschland auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge hinter England zurückgetreten ist, gab dem Redner Veranlassung zu der Mahnung, daß es unsere Aufgabe sein müsse, auf dem Gebiete der Sozialpolitik die Spitze zu behalten, und wenn wir die Führung verloren haben, sie wieder zu gewinnen. Die Redner der Konvention und der Reichspartei stehen natürlich der reichsweiten Arbeitslosenversicherung ablehnend gegenüber. Dagegen sprachen sich die Vertreter der Polen und Schiffer zustimmend aus. Nach längeren Ausführungen des christlich-sozialen Herrn Mümm und einer ausführlichen Widerlegung der Gründe der Gegner, insbesondere des Staatssekretärs, durch den sozialdemokratischen Abgeordneten Brandes war die Besprechung erledigt.

Beschlüsse können bei der Beratung von Interpellationen nicht gefaßt werden. Infolgedessen wurde auch über die Einsetzung einer besonderen Kommission keine Entscheidung getroffen. Das kann vielleicht durch einen besonderen Antrag noch nachgeholt werden. Im übrigen hat die Debatte einen für die deutsche Arbeiterschaft wenig befriedigenden Ausgang genommen. Im Reichstage selbst würde sich wohl eine ständige Mehrheit für die Regelung der Arbeitslosenversicherung durch das Reich finden. Die Regierung aber ist nicht dafür zu haben. Das darf aber kein Grund sein, immer und immer wieder die Frage zur Erörterung zu bringen. Auf die Dauer kann sich das Reich der Pflicht nicht entziehen, für die Folgen unvermeideter Arbeitslosigkeit mit einzutreten.

Betrachtungen

zum 3. Deutschen Arbeitertag.

Wer die Verhandlungen des 3. Deutschen Arbeitertages aufmerksam verfolgt hat, der muß rein äußerlich betrachtet, zugeben, daß man fleißig dort gearbeitet hat. Auch die Forderungen, auf die man sich schließlich einigte, lassen zum großen Teil an Entschiedenheit nichts zu wünschen übrig. Es fragt sich nur, ob diejenigen, die zur Durchführung der geäußerten Wünsche mit berufen sind, im Ernstfalle auch Rückgrat genug besitzen. Die Vergangenheit hat uns in dieser Beziehung recht skeptisch gemacht.

Der Kongreß erfreute sich eines starken Besuchs. Die großen Mitgliederzahlen aber, mit denen man namentlich in der christlichen Presse brummt, müssen wesentlich herabgezogen werden, denn ein sehr großer Teil der Mitglieder der vertretenen Organisationen gehört verschiedenen Vereinigungen an; sie sind also doppelt gezählt worden. Reichs- und Staatsbehörden sowie eine Zahl gemeinnütziger Vereinigungen hatten Vertreter entsandt. Auch die politischen Parteien hatten sich eingefunden außer der Fortschrittlichen Volkspartei und den Sozialdemokraten. Besonders stark war das Zentrum vertreten, aber auch die konser-

...bative Partei blieb nicht viel hinter ihm zurück. Eine merkwürdige Erscheinung, wenn man den Zweck der ganzen Veranstaltung etwas näher ins Auge faßt!

Es galt Stellung zu nehmen gegen das Artell der schaffenden Stände. Insbesondere wollte man protestieren gegen die Strömungen, die Sozialpolitik zu hemmen, einen „besseren“ Arbeitswilligenschuß einzuführen, und gegen die Lebensmittelpreuerung. ...

Und spricht nicht auch der sonstige Verlauf der Tagung für diese Auffassung? Es wurde bewegliche Klage geführt über die Lebensmittelpreuerung, unter der das deutsche Volk und insbesondere die handarbeitende Schicht, zu leiden hat. ...

Als Bundesgenossen im Kampfe gegen den verlangten schärferen Schutz der Arbeitswilligen hatten die christlichen Gewerkschaften zum Kongreß auch die katholischen Fachabteilungen, ...

Die stürmischen Auftritte, die sich wiederholten, so oft ein Vertreter der Berliner Richtung zum Worte kam, erreichten ihren Höhepunkt, als einer derselben auch die päpstliche Enzyklika „Singulari quadam“ in die Debatte zog, ...

Man hatte sich die Sache so schon gedacht. Die schärferen Schläge, die den christlichen Gewerkschaften durch ihr Verhalten beim Bergarbeiterstreik und auch durch die päpstliche Enzyklika beigebracht worden sind, wollte man durch die Veranstaltung etwas mildern, und nun hat man gerade das Gegenteil erreicht. ...

Wenn man den großen Worten trauen dürfte, die auf dem Kongreß gefallen sind und denen man auch in den Berichten der christlichen Presse begegnet, dann mißte eitel Bönne über den Verlauf im christlichen Lager herrschen. ...

Von der Arbeitsteilung und Beschäftigung minderwertiger Arbeitskräfte.

(Nachdruck vorbehalten).

(Schluß.)

Durch die vervollkommnung der Maschinen wird die Arbeit vereinfacht, und diese Tatsache ist es, die eine Vermehrung minderwertiger Arbeitskräfte ermöglicht. Eine große Anzahl minderwertiger Arbeitskräfte kann in der Großindustrie mit Massenfäbrifikation deshalb Verwendung finden, weil diese Industrie mit automatisierten Maschinen ausgerüstet ist, die nur mehr Beaufsichtigung und Zuführung des Arbeitsmaterials verlangen, ...

Vervollkommnung der Maschine und Arbeitsteilung im Großbetrieb sind die zwei Tatsachen, die die verlangte Arbeitsleistung so vereinfachen, daß jeder gelernte Arbeiter nach kurzer Uebergangszeit wirtschaftlich beschäftigt werden kann und ferner, daß vielfach statt gelernter Arbeiter angelernte Arbeiter und Frauen wirtschaftliche Beschäftigung finden können.

An der Hand zweier eingehender Untersuchungen über die Arbeiterverhältnisse in der Berliner Feinmechanik (Entlohnungsmethoden und Arbeiter-schicksale in der Berliner Feinmechanik) hat der Verfasser zum erstenmal betont, daß ein wesentlicher Unterschied besteht zwischen der Arbeitsteilung des Klein- und Mittelbetriebes und der des Großbetriebes. ...

12 Teile fräsen zu lassen, um ihn in den nächsten Stunden zugleich an 60 anderen Teilen Löcher bohren zu lassen. Der Mittelbetrieb hat nicht so viel Arbeit zu vergeben, um seine Arbeiter regelmäßig mit der einfachsten Arbeitsoperation, mit der Wirkung beschäftigten zu lassen, daß sie durch immerwährende Wiederholung dieser einfachen Arbeitsoperation eine ohne diese unerreichte Fertigkeit erlangen.“

Es hat aber auch die Folge, daß vom Durchschnittsarbeiter des Großbetriebes nicht eine möglichst vollständige und einseitige handwerksmäßige, technische Fertigkeit, sondern ausschließlich die Befähigung verlangt wird, durch die auf die Spitze getriebene Ausbildung einer engebegrenzten, einseitigen Fertigkeit in gegebener Zeit die größte Zahl von Produkten herzustellen. ...

Im Großbetriebe werden viele Arbeiten, die im Klein- und Mittelbetrieb von gelernten Arbeitern verrichtet werden, von sogenannten an- und ungelerten Arbeitern und Frauen hergestellt. So wird die Arbeit vereinfacht.

Aus dieser Tatsache heraus folgert der Verfasser, daß auch unter den gelernten Arbeitern solche Arbeiter im Großbetriebe noch brauchbar sind, die für den Klein- und Mittelbetrieb mit seinen vielfachen technischen Anforderungen wegen geringer Geschicklichkeit schon nicht mehr verwendet werden können. ...

Eine andere Klasse minderwertiger Arbeitskräfte sind die moralisch oder physisch minderwertigen, wozu auch die chronisch intermittierenden Alkoholiker gehören. Sie tun in keinem Betriebe lange gut. Von Zeit zu Zeit bekommen sie den Kappel und laufen davon. ...

Durch eine gründliche Untersuchung des Betriebes und Berufswechsels glaubt es Seitz als wahrscheinlich nachzuweisen zu haben, daß der Großbetrieb tatsächlich beiderseits in beachtenswertem Umfange minderwertige Arbeiter in dem hier geschilderten Sinne beschäftigt. ...

Auf die Bettler- und Landstreicher- oder Armenstatistik zurückzugreifen, um festzustellen, ob sich durch diesen Vorgang die Beschäftigungslosigkeit der minderwertigen vermindert hat, lehnt der mehrfach erwähnte Verfasser mit Recht ab. Denn die Grundzüge der Armenpflege und der Polizei in der Behandlung jener Schichten haben fortwährend gewechselt, so daß man nicht sagen kann, wieviel eines etwaigen Rückganges dieses sozialen Zeitigts auf Rechnung der im allgemeinen verschärften Grundzüge kommt und wieviel auf die tatsächliche Arbeitsbeschaffung durch den Großbetrieb. Dagegen gibt die Berechnung des Verhältnisses der ungelerten Arbeiter zur Gesamtzahl zweier so verschiedener Betriebe wie die Maschinenfabrik von Ludw. Loewe u. Co. und des Bernerwerkes in Berlin einen Anhalt, die Zahl dieser Arbeiter wenigstens annähernd zu bestimmen; die Regie, die un- und angelernten Arbeiter schätzt Heiß auf etwa ein Drittel der in Großbetrieben Berlins beschäftigten Arbeiter. Allein für Preußen kämen dabei 700 000 bis 800 000 Arbeiter zusammen, die der Großbetrieb in der angegebenen Weise beschäftigen könnte.

Natürlicherweise werden die minderwertigen Arbeitskräfte von einem Rückgang des Geschäftslebens eher betroffen als die tüchtigeren gelernt. Bei sinkender Konjunktur werden fast durchweg die ungelerten Arbeiter und Frauen zuerst entlassen. Unter solchen Verhältnissen vollzieht sich ein Ausleseprozeß zumungunsten der weniger tüchtigen und weniger leistungsfähigen Arbeiter. Bekanntlich ist aber der Geschäftsgang in den einzelnen Industrien verschieden. So ist auch noch bei rückgängiger Konjunktur die Möglichkeit vorhanden, daß in unserem Sinne minderwertige Arbeitskräfte in anderen Großbetrieben beschäftigt werden können.

Es hat uns die Arbeitsteilung auch ihr Nützliches gebracht. Sie hat vernichtet, aber sie hat auch aufgebaut. Mancher, der früher verarmt, kann sich heute leichter durchschlagen. Daß der Großbetrieb an sich geeignet ist, auch sonst weniger brauchbare Personen mit Nutzen zu beschäftigen, liegt in seinem inneren Wesen. Möglich gemacht wird dies durch die Arbeitsteilung. Wir möchten hoffen, daß sie, die so manches Uebel gebracht hat, noch mehr zum Segen der Gesellschaft umschlägt, als hier angedeutet werden konnte. St.

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 9. Dezember 1913.

Aus dem Reichstage. Nach Abschluß der Verhandlungen über die Arbeitslosenversicherung, über die wir an anderer Stelle ausführlich berichtet, beschäftigte sich der Reichstag am Sonntagabend mit der von uns bereits erwähnten konservativen Interpellation, betreffend die Sinausschiebung des Inkrafttretens der Dienboten - Krankenversicherung. Aus der Rede des konservativen Vorsitzers klang deutlich das Mißfallen über die Krankenversicherung der Landarbeiter heraus. Für das Sinausschieben des Geltungsbeginns äußerte er sich auf die Gründe, die von einigen rüchständigen Berliner Hausfrauenvereinen gegen die Dienbotenversicherung geltend gemacht worden sind. Nach Ansicht des Herrn sind die angeblichen Schwierigkeiten, die sich jetzt herausstellen, ein Beweis dafür, daß die Reichsversicherungsordnung überreift worden ist. Man solle den Gedanken der Zwangsversicherung überhaupt nicht überkippen und sich in sozialpolitischen Dingen Einschränkungen auferlegen. Der Staatssekretär Dr. Delbrück erteilte dem Herrn eine zwar köstliche, aber nichtsdestoweniger recht deutliche Antwort. Die angeblichen Schwierigkeiten führte er auf das geübende Maß zurück; außerdem habe man 2½ Jahre seit der Verabschiedung der Reichsversicherungsordnung Zeit gehabt, sich auf den neuen Zustand vorzubereiten. Von einer Verschiebung des Inkrafttretens der Krankenversicherung über den 1. Januar 1914 könne absolut keine Rede sein. Bemerkenswert ist, daß der Staatssekretär auch den Streit zwischen Ärzten und Krankenkassen kurz erwähnte. Er ging jedoch auf die Angelegenheit, die er gelegentlich der Beratung seines Etats näher erörtern will, nicht näher ein. Die Hoffnung, daß schließlich doch noch eine Verständigung zwischen Ärzten und Krankenkassen zustande kommt, hat der Staatssekretär noch nicht aufgegeben; er riet aber dem Reichstage, noch keine Partei zu nehmen. In der Diskussion kamen nur zwei Redner zu Worte, die dem konservativen Redner energisch entgegentraten. Dann wurde die Debatte vertagt. Daß sie in abschbarer Zeit wieder aufgenommen wird, ist nicht zu erwarten. Jedenfalls wird die Dienbotenversicherung eher in Kraft treten.

Seinen 50. Geburtstag feiert an diesem Donnerstag unser Verbandsvorsteher, Kollege Goldschmidt. Er ist am 11. Dezember 1863 zu Görbe i. B. geboren. Im Jahre 1890 übernahm er die Redaktion des „Gewerkschein“ und seit 1907 bekleidet er das höchste Amt, das unsere Organisation zu vergeben hat, das des Vorsitzenden des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine. Kollege Goldschmidt kann auf eine an Arbeit und Erfolgen reiche öffentliche Tätigkeit zurückblicken. Möge er sich auch fernerhin einer guten Gesundheit erfreuen und ihm beiseite sein, zu sehen, daß die von den Deutschen Gewerksvereinen vertretenen Ideen ein immer größeres Heer von Anhängern in der deutschen Arbeiterschaft gewinnen.

Die Einführung einer Arbeitslosenfürsorge hat vergangene Woche die Stadt Seidelberg beschloffen. Nach längeren Vorbereitungen in einer sozialpolitischen Kommission hat die Stadtvertretung endgültig ihre Entscheidung dahin getroffen, diese Arbeitslosenversicherung nach dem Muster der Nachbarstadt Mannheim zu gestalten. Der Widerstand gegen diesen Plan war überaus groß. Bei der prinzipiellen Abstimmung über die Einführung wurden 54 Stimmen für und 54 Stimmen dagegen abgegeben. Dadurch, daß der Bürgermeister Dr. Walz ebenfalls dafür stimmte, wurde die Vorlage angenommen. Dafür stimmten die Fraktion der Fortschrittlichen Volkspartei, die Sozialdemokratie und das Zentrum.

Volkfürsorge kontra Volkversicherung. **Altiengeellschaft.** Die „Gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft Volksfürsorge“ in Somburg hat gegen die „Deutsche Volksversicherungs-Aktiengesellschaft“ beim Landgericht II in Berlin Klage angebracht. Diese gründet sich darauf, daß die „Deutsche Volksversicherungs-Aktiengesellschaft“ in verschiedenen Nummern die Behauptung aufgestellt hat, bei der „Volksfürsorge“ würden die Gelder der Versicherten letzten Endes dazu dienen müssen, der Sozialdemokratie einen neuen starken Kriegsschlag im Kampfe gegen den Gegenwartsstaat zu iverfen. Die Klägerin verlangt nach § 14 des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb die Unterjagung dieser Behauptung und der weiteren Verbreitung der betreffenden Flugblätter. Die „Deutsche Volksversicherungs-Aktiengesellschaft“ wird Abweimung der Klage beantragen. Der Verhandlungstermin ist auf den 22. Dezember angesetzt worden.

Arbeiterbewegung. In Berlin befinden sich die Schöpfer in einer Tarifbewegung. Gefordert wird in der Hauptsache eine Lohnerhöhung, Begahlung der Ertragsarbeiten, Beteiligung der Heimarbeit durch Errichtung von Betriebswerkstätten und eine zweijährige Tarifdauer. Zur Durchföhrung der Forderungen ist eine Kommission gewählt worden. Der endgültige Beschluß über die Mündigung des Tarifs soll im Januar gefaßt werden. — Die Firma Lainga in Strausberg, bei der wegen erheblicher Lohnabzüge die Schöpfer in den Streik getreten sind, bemüht sich, aus Berlin und auch aus anderen Orten Arbeitswillige heranzuziehen. Es darf wohl erwartet werden, daß kein Arbeiter den Lockungen dieser Firma folgt. — In Biersen sind bei der Firma Gebr. Hamm und Anton Hamm die Goldarbeiter in eine Lohnbewegung eingetreten. Es haben mehrfach Verhandlungen stattgefunden müssen, da die Firma Anton Hamm anfangs jedes Entgegenkommen rundweg ablehnte. Den Bemühungen des Bezirksleiters der Maschinenbauer, Kollegen Adlung, ist es aber schließlich gelungen, die Firma zu Zugeständnissen zu bewegen, und schließlich erklärten sich beide Firmen bereit, den Stundenlohn um 3 Pf. zu erhöhen und auch die sonstigen Wünsche auf Anerkennung des Arbeiterausschusses und Schaffung besserer Ventilation zu erfüllen.

Der Streik der Lokomotivführer und Heizer auf den Bahnen von Südbahales, der auf die Entlassung zweier Lokomotivführer zurückzuführen war, weil sie sich weigerten, Dubliner Streikwaren zu befördern, hatte in wenigen Tagen einen großen Umfang angenommen. Die Organisationsleitung billigte den wilden Streik nicht und bemühte sich eifrig, den Frieden wiederherzustellen. Das ist auch gelungen. Die Arbeit ist wieder aufgenommen worden, ohne daß die Veranstalter der Bewegung wieder eingestuft worden sind.

Gegen die scharfmacherischen Bestrebungen auf Verschlechterung des Koalitionsrechts wendet

sich in einem „Der Schutz der Arbeitswilligen und die Industrie“ überschriebenen Aufsatz in der „Frankf. Ztg.“ der bekannte Dr. Schomerus. Seine Ausführungen verdienen umso größere Beachtung, weil der Verfasser selbst Unternehmer und als Direktor der Zeiß-Werke in Jena mitten im praktischen Leben steht. Mit aller Entschiedenheit wendet sich Dr. Schomerus gegen die Rufer im Streit, als welche er die Beauftragten der Unternehmerverbände, die Vertreter von Industriellen, ansieht, die selbst organisiert sind, den Wert des beruflichen Zusammenchlusses kennen und nicht gar zu zümpelnd mit denen umzugehen pflegen, die ein Dufelber-Leben dem Gewandensein vorziehen. Deshalb, so fragt er, wird einseitig nur der vermehrte Schutz der nichtorganisierten Arbeiter, weshalb nicht auch der Schutz der unorganisierten, nicht fortellierten Unternehmer, der unorganisierten Ärzte, Zahnärzte usw. verlangt? Weshalb wird nicht der Schutz derjenigen Arbeitswilligen gefordert, die durch schwarze Listen und gegenseitige Verständigung der Arbeitgeber von den Werken, von Arbeit und Brot ferngehalten werden?

Einer reiflichen Ueberlegung halten die Forderungen nach vermehrtem Arbeitswilligenchutz nicht stand. Die geltenden Gesetze reichen vollständig aus. Andererseits gibt es eine Art Organisationszwang, gegen den weder der Strafnoch der Züchtlicher etwas ausrichten kann. Dr. Schomerus hat dabei die Fälle im Auge, wo ein Arbeiter neu in einen Betrieb eintritt und von den „Genossen“ zum Eintritt in den Verband veranlaßt wird. Wenn er sich weigert, so läßt man ihn links liegen, hilft ihm nicht über die Schwierigkeiten des Anfängertums hinweg, gibt ihm keine Fingerzeige für die Bedienung der Maschinen und Handhabung der Werkzeuge, ist ihm in keiner Weise behilflich, kurzum, man verhält sich ihm gegenüber rein passiv. In der Mehrzahl der Fälle wird durch diese Behandlung der neuingetretene Arbeiter müde, und namentlich, wenn er dann noch geärgert, aufgezoogen, lächerlich gemacht wird, tritt er zum Verbands über. Daerem läßt sich nichts tun. Das ist aber gar nicht der Terrorismus, von dem die Scharfmacherpresse soviel Aufhebers macht. Gerade dieser Kleintrieb in der Werkstatt kann geistlich nicht getroffen werden. Gegen diese Art des Terrorismus appelliert der Verfasser an die sittlichen Kräfte im Volke, und er hegt das Vertrauen.

„Daß die Toleranz, die Achtung vor der Persönlichkeit und Ueberzeugung des Nebenmenschen durch nachhaltige Erziehung wieder mehr Raum gewinnen auch in dem Denken derer, denen „ihre Organisation“ jetzt noch fast alles ist. Soll aber der sozialdemokratisch organisierte Arbeiter vor der Ueberzeugung des liberalen oder christlichen Arbeiters größere Achtung gewinnen, so ist noch vornehmlich, daß dieser mit mehr Selbstbewußtsein und Nachdruck seine Ueberzeugung bekundet und für sie eintritt, als dies jetzt vielfach der Fall ist. Dem überzeugungstreuen Verbändler wird der überzeugungstreue, mutige Kirch- und Christliche auf die Dauer Respekt und Anerkennung abdingen, ein Wackeln jedoch niemals. Also Erziehung zur Toleranz und die Selbsthilfe, niemals aber neue starke Gesetze können eingeriffene Uebel Gewohnheiten im Verkehr der Arbeiter miteinander beseitigen.“

Das trifft voll und ganz zu. Wer seinem Gegner mit guten Gründen entgegenzutreten kann, mer zeigt, daß er aus voller Ueberzeugung Gewerksvereiner ist, der hat in der Regel auch Ruhe vor den „Genossen“. Deshalb darf in der Tat die Aufklärungsarbeit nicht ruhen. Durch die Presse und durch Diskutierclubs müssen unsere Kollegen so geschult werden, daß sie gegen alle Angriffe der Verbändler und anderer Gegner gerüstet sind. Auf der anderen Seite wird die Erziehung zur Toleranz allerdings noch langer Zeit bedürfen, bis die „Genossen“ soweit sind, daß sie auch im andersorganisierten Arbeiter einen gleichberechtigten Kollegen sehen.

Die 498. Veranstaltung des Vereins für Volksunterhaltungen findet am Sonntag, den 14. Dezember, abends 7 Uhr, im Büroraal des Rathauses statt. Herr Otto Montau wird eine Vorlesung von Fern. Sadermanns humoristischer Novelle „Nolanthes Hochzeit“ halten. Diese Vorlesung, die im vergangenen Winter ausfallen mußte, wird diesmal bestimmt stattfinden.

Die 4. Volksvorstellung der Generalintendantur der Königl. Schauspiele in dieser Saison findet am Montag, den 15. Dezember, abends 8 Uhr, im Neuen Operntheater (Kroll) statt. Zur Aufföhrung gelangt „Violetta“, Oper von Bizet, Musik von G. Verdi. — Der Billeterverkauf erfolgt wie bisher in den bekannten Verkaufsstellen des Vereins für Volksunterhaltungen. (Geschäfts- und Ausschäftsstelle: Klosterstr. 80/2.)

Gewerkevereins-Teil.

§ Berner i. B. Am 1. Dezember sprach Kollege Reichelt-Sprengberg im Auftrage des Zentralrats vor den hiesigen Ortsvereinen der Maschinenbauer und Bergarbeiter über die wirtschaftlichen Vorgänge der letzten Zeit. Unverkennbar, so etwa führte der Redner aus, sei es, daß ein vorläufiges Vorgehen der Arbeitgeber gegen das Streikrecht der Arbeiter geplant sei. Die Forderung auf stärkeren Arbeitswilligen werde begründet mit dem Terrorismus der organisierten Arbeiter. Gerade die Vorgänge hier im Bergwerke zur Zeit des letzten Bergarbeiterstreiks hätten aber bewiesen, daß die Arbeitswilligen wahrlich genügend geschützt sind. Das zeigt die große Anzahl von Verhaftungen für geringfügige Vergehen. Eher könnte von den Arbeitern mehr Schutz vor den sogenannten Arbeitswilligen gefordert werden. Weiter kann nicht gelugnet werden, daß seitens der Gewerkevereine gegen unsere Mitglieder gehandelt wird. Dafür führte der Redner ein paar besonders kräftige Fälle an. Das müßte unbedingt vermeiden werden. Aber die Unternehmer hätten kein Recht, über diesen Terrorismus sich zu beklagen, denn sie üben viel schärferen Terrorismus, indem sie durch die Ausprägung von Laufenden von Arbeitswilligen, Redner erinnerte auch an den Terrorismus, wie er beispielsweise von der Organisation der Metzger geübt wird. Von einer Verschärfung der geltenden Gesetze will der Vortragende deshalb nichts wissen. Er erwahnte die Anwesenheit der Haltung der politischen Parteien bei den einzelnen Gesetzen scharf zu beobachten und durch Eintritt in die politischen Parteien und rege Anteilnahme am öffentlichen Leben die Gewerkevereinsgrundzüge zur Durchföhrung zu bringen versuchen. Zum Schluß seiner Ausführungen sagte Kollege Reichelt auch noch den gerade in Berlin tagenden christlichen Arbeiterkongreß, der sich fälschlich deutscher Arbeiterkongreß nennt. Der Vortrag fand lebhaften Beifall. In der darauf folgenden Diskussion wurde eine Reihe der erörterten Punkte noch eingehender besprochen. Wegen der vorgedachten Zeit mußte auf den zweiten Vortrag über die Volkserziehung der Deutschen Gewerkevereine verzichtet werden.

Reflexen, Vorsitzender.

§ Lauterbach i. Schwarzwaldb. Wie anderswo, so haben auch hier im November die Vertreterwahlen zu den Krankenkassen stattgefunden. Die einzelnen Klassen des Oberamtsbezirks Oberndorf sind, mit Ausnahme der Ortskrankenkasse Lauterbach, unter dem Namen Allgemeine Ortskrankenkasse Schwarzwaldb. zu einer gemeinsamen Klasse verschmolzen worden. Die Vertreterwahl war am 24. November. Sie ergab für die Gewerkevereine 9, die freien Gewerkschaften 13 und die christlichen Gewerkschaften 18 Vertreter. Die Wahlbeteiligung war sehr schwach; von 8000 Wahlberechtigten haben kaum 1800 abgestimmt, ein Beweis dafür, wie wenig Interesse bei vielen Arbeitern für so wichtige Dinge vorhanden ist.

Am 15. November fand die Vertreterwahl der Ortskrankenkasse Lauterbach statt, wo die Gewerkevereine mit den freien Gewerkschaften eine gemeinsame Liste eingereicht hatten. Hier ist die Wahl, wie vorauszusehen war, zu ungunsten für uns ausgefallen. Wir erhielten 4 Vertreter, die Christlichen dagegen 8. Die Wahlbeteiligung war stärker als in Schwarzwaldb. Das ist darauf zurückzuführen, daß der katholische Arbeiterinnenverein, der an diesem Orte in voller Blüte steht, vor der Wahl eine

überaus rege Agitation entfaltet und seine Mitglieder an die Stimmurne brachte.

In der weitbekannteren Löhrensabrik von Gebr. Jung-hans fand die Wahl zur Betriebsratsversammlung am 29. November statt. Auf die Mitte der Gewerkevereine fielen 8, auf die der freien Gewerkschaften 17, die der Christlichen 11 und die der Firma 4 Vertreter. Der Ausfall dieser Wahlen hat aufs neue bewiesen, daß die Gewerkevereine auf dem Schwarzwaldb immer noch auf dem Posten sind, obwohl uns die Wähler schon so oft togeschrien haben. Wir hoffen auch künftighin ihnen zu erkennen zu geben, daß wir entschlossen sind, die Interessen der Arbeiter wahrzunehmen. Da ist es aber Pflicht unserer Kollegen, dafür zu sorgen, daß unsere Mitgliederzahl sich vermehrt und die Gewerkevereinsmacht überall mit Energie und Entschlossenheit vertreten wird. Dann werden wir auch erreichen, daß bei den nächsten Krankenkassenwahlen der Ausfall noch günstiger für uns wird.

Franz Wozniemann, Lauterbach i. Schwarzwaldb.

Verbands-Teil.

Versammlungen.

Berlin. Distrikterklub der Deutschen Gewerkevereine (S.-D.). Wegen des bevorstehenden Weihnachtsfestes findet die nächste Klubtagung erst am 7. Januar statt. — **Gewerkevereins-Klub der S.-D.** Jeden Donnerstag, abds. 9—11 Uhr Lesungsbunde i. Verbandshause d. Deutschen Gewerkevereine (Woliner Saal). Gäste wül. — **Sonnabend, 13. Dezember. Maschinenbau und Metallarbeiter I.** Abends 8 1/2 Uhr Vert. mit Damen bei Gutzeit Bergstr. 69. Lichtbildvortrag. Sierkamp, ein spanisches Volksfest. — **Maschinenbau und Metallarbeiter II.** Abends 8 1/2 Uhr Fruchtstraße 36 a. Mitteilungen. Monatsbericht. Unterhüfungsgesch. Anträge zum Delegiertentag und Aufstellung eines Kandidaten. — **Maschinenbau und Metallarbeiter VII.** Abends 8 1/2 Uhr Gerichtstraße 71. Protokoll. Monatsbericht. Unterhüfungsgesch. Vortrag des Kollegen Jordan über: Die Bauhauaufstellung in Belgien. — **Maschinenbau und Metallarbeiter VIII.** Abends 8 1/2 Uhr Greifswalderstr. 223. Generalversammlung. Vorlandswahl. Aufstellung eines Kandidaten zum Delegiertentag. Anmeldung zur Weihnachtserziehung. — **Maschinenbau und Metallarbeiter XI.** Abends 8 1/2 Uhr im Markthallen-Restaurant, Arminiusplatz. Wahl eines Vertreters zum Delegiertentag. Anmeldung zur Weihnachtserziehung. — **Maschinenbau und Metallarbeiter XII.** Abends 8 1/2 Uhr Ortsversammlung bei Frau Pulverstr. 52. E.-D. dalehst. — **Sonntag, 14. Dezember. Maschinenbau und Metallarbeiter III.** Vorm. 10—12 Uhr Bahlgang im Nordwestpark, Alt-Neubau 55—56. Letzte Anmeldung der Kinder zur Weihnachtserziehung.

Orts- und Regionalverbände.

Bremen (Ortsverband). Jeden ersten Dienstag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Vertreter-Eigung in Durbops Gesellschaftshaus, Bremen, Neffenstraße. — **Essen (Distrikterklub).** Eigung jeden 2. u. 4. Donnerstag im Monat bei Hanstein, Sandowstr. 43. — **Essen. Gewerkevereins-Gesellschaft** jeden Mittwoch, abds. 8 1/2—11 Uhr Lesungsbunde i. Vereinslokal, Kaiserstr. — **Eberfeld-Barmen (Ortsverband).** Jeden 1. Mittwoch

im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Vertreter-Eigung bei Roggenkämpfer, Eberfeld, Kaiserstr. und Erholungstr.-Gde. — **Frankfurt a. M. (Gewerkevereins-Klub).** Jeden Freitag von 8—10 Uhr Lesungsbunde im Vereinslokal, Kaiserstr. 16. — **Verbandskollegen** heral. willkommen! — **Gelsenkirchen (Ortsverband).** Jeden ersten Sonntag im Monat, vormittags 10 Uhr Vertreter-Eigung. Jeden ersten und dritten Sonntag, abends 6—8 Uhr, Distrikterklub im Vereinslokal von G. Simon, Alter Markt. — **Haaren b. Kaden.** Jeden dritten Sonnabend im Monat, abends 8 1/2 Uhr Distrikterklub bei Lubenka. — **Hamburg (Ortsverband).** Jeden 2. Freitag im Monat, 8 1/2 Uhr Ortsverband-Vertreter-Eigung bei Wolf, Feinestr. — **Hamburg (Bergarbeiter).** Jeden Montag von 19 bis 11 Uhr bei Gref, Lagerstraße 2. — **Hamburg (Gewerkevereins-Gesellschaft).** Jeden Donnerstag Lesungsbunde bei Ehnert in Altona, Einsiedlerstraße 48—50. — **Herne (Ortsverb.).** Jeden 1. Sonntag im Monat Eigung b. Dr. Wih. Kube, Bahnhofsplatz gegenüber der evang. Kirche. — **Nierloh. Distrikterklub** jeden 2. Mittwoch bei Hülp. — **Rhein (Ortsverb.).** Jeden 1. Mittwoch im Monat, abds. 8 1/2 Uhr Vertreter-Eigung bei Frau Erholung, Kreuzgasse. — **Reipzig (Gewerkevereins-Gesellschaft).** Die Lesungsbunde finden jeden Mittwoch abends 9—11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover“, Seeburgstr. 25, statt. Gäste und ständige Mitglieder sind herzlich willkommen. — **Wülheim-Ruhr.** Jeden zweiten Sonntag im Monat nachmittags 5 Uhr, Vertreter-Eigung im Verbandslokal bei Herrn Johann Müller, Sandstraße 88. — **Wienburg (Ortsverband).** Am 13. Dezember, abends 8 1/2 Uhr bei Gramberg (Markt). Vortrag des Kollegen Meißner über: „Unsere Volkserziehung“. — **Stettin (Sängerchor d. Gewerkevereine).** Die Lesungsbunde finden bei Dienstag abds. 8 1/2 Uhr im Lokal Reil, Poststraße 5, statt. Ständige Kollegen herzlich wül. — **Stettin (Ortsverb.).** Distrikterklub. Eigung jeden Montag, abds. 9 Uhr b. Reil u. Donnerstag b. Winter i. Erdbau. — **Ziegel (Distrikterklub für Ziegel, Postgasse u. Reindenbergstr.).** Eigung jeden Dienstag, abds. 8—10 Uhr bei Römer, Schönebergstraße 28, Ecke Schönebergstraße. — **Thorn (Bäder).** Jeden Sonntag nach dem 1. Ortsvereinsversammlung bei Nicolet, Mauerstr. 62. — **Uckermark u. Umgeg. (Ortsverb.)** Sonntag, d. 14. Dez. nachm. 3 Uhr, Generalversammlung in Fergeloh, (Vorlandswahl). — **Weißensfeld a. S. (Sängerverein „Harmonie“ der Deutschen Gewerkevereine).** Lesungsbunde jeden Mittwoch, abds. von 8 bis 11 Uhr im Vereinslokal, „Klostergarten“. Gefragte Gewerkevereinskollegen stets willkommen. — **Weißensfeld (Ortsverband).** Jeden 1. Sonnabend im Monat Distrikterklub in Hermanns Garten. — **Worms (Ortsverband).** Jeden Dienstag, abends 9 1/2 Uhr, Eigungsbunde im Verbandslokal „Abtinal“.

Briefkasten.

Nach Wittold. 1. Wenn bezüglich des Schornsteinfegergeldes im Kontrakt nichts ausgemacht ist, gilt der Ortsbrauch. 2. Es kommt darauf an, ob Sie die Wohnung auf ein halbes oder ein ganzes Jahr gemietet haben. Im letzteren Falle wären Sie verpflichtet, am 1. April zu ziehen. 3. Wenn durch das Nachziehen in der Wohnung des Wirtes die von Ihnen gemieteten Räume mit Qualm und Gestank erfüllt werden, ist der Wirt verpflichtet, Abhilfe zu schaffen. Weigert er sich, so müssen Sie die Hilfe der Polizeibehörde in Anspruch nehmen.

Anzeigen-Teil.

Insertate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Begräbniskasse des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

(Gegründet 1878.)

Nach Genehmigung durch das Kaiserliche Auffichtsamt können auch die männlichen Mitglieder der uns angeschlossenen Gewerkevereine, sowie deren Ehefrauen, Söhne und Töchter, Brüder und Schwäger ohne ärztlich Untersuchung eine Begräbniskasseversicherung von 100—500 Mark abschließen.

Rachversicherung bis zum Höchstbetrage für die jetzigen Mitglieder der Begräbniskasse bis zum 45. Jahre zulässig **Wähliges Preis.** — **Garantierte Versicherungssumme.**

Aufnahme vom 15. bis 45. Jahre in den nachstehenden Stufen:

Versichert. Begräbnisgeld	Stufe I		Stufe II		Stufe III	
	Beim Eintritt von 15—30 Jahren		Beim Eintritt von 30—40 Jahren		Beim Eintritt von 40—45 Jahren	
	Wöchentl. Beitrag		Wöchentl. Beitrag		Wöchentl. Beitrag	
a) 100 Mark	5 Pfennig	7 Pfennig	10 Pfennig	14 Pfennig	20 Pfennig	30 Pfennig
b) 200 „	10 „	14 „	20 „	28 „	40 „	60 „
c) 300 „	15 „	21 „	30 „	42 „	60 „	90 „
d) 400 „	20 „	28 „	40 „	56 „	80 „	120 „
e) 500 „	25 „	35 „	50 „	70 „	100 „	150 „

Da unser Aufnahmegebiet sich durch die Höhe der Versicherung bis zu 500 Mark, sowie durch die Berechtigung, auch männliche Mitglieder aufnehmen zu dürfen, sehr vergrößert hat, so bedarf es nur der dauernden Anregung in den Vereinsversammlungen, um die Zahl der Versicherten in unserer Begräbniskasse zu vermehren.

Prospecte, Antragsformulare etc. bei allen Ortsvereinskassieren oder auf Verlangen kostenfrei von unserer Geschäftsstelle Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221—223.

Der Vorstand der Begräbniskasse des Verbandes.
H. Wälder, Vorsitzender. H. Klein, Hauptkassierer.

Verantwortlicher Redakteur Leonor Setwin, Berlin NO., Greifswalderstr. 221-22, — Druck und Verlag: Goebcke u. Gallinet, Berlin SW., Potsdamerstr. 116

Zentralarbeitsnachweis der Berliner Ortsvereine (S.-D.).

Generalversammlung

am Sonntag, den 14. Dezember, vorm. 9 1/2 Uhr im Verbands-haus, Greifswalder Straße 221—23.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Sturm über „Arbeitslosigkeit und Arbeitsvermittlung — Theorie und Praxis“. 2. Tätigkeitsberichte. 3. Neuwahl des Vorstandes. Die Vertreter der Ortsvereine werden um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht.

Der Vorstand.

Jena (Ortsverband). Durchreisende erhalten 75 Pf. Unterhüfung bei Carl Müller, Greifgasse 3, Ecke Oberlantaugasse.

Zeuzenburger und Imgegend (Ortsverband). Durchreisende Gewerkevereinskollegen aller Berufe erhalten ein Ortsverbandsgeschenk von 75 Pf. beim Ortsverbandskassierer Kollegen Otto Kuhne, in Jütendorf bei Senftenberg. Herberge zum Uebernachten im Restaurant zum „Waldhof“ in Senftenberg.

Oberbergelbischer Ortsverband, Eiß-Elstetten. Unterhüfung von 75 Pf. an wandernde Kollegen bei Ernst Böfer jun. in Eßelberg, Waldgasse 62, mittags von 12—1 und abds. von 6—8 Uhr.

Romansberg. Ortsverbandsgeschenk für durchreisende Kollegen bei G. Peater, Friedr. Kirchplatz 18.

Dieschen (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten ein Ortsverbandsgeschenk von 75 Pf. bei ihrem Ortsvereinskassierer.

Wrenslan (Ortsverb.). Durchreisende arbeitslose Kollegen erhalten 75 Pf. Ortsverbandsgeschenk bei Dittmar, Hühnerstr. 666.

Sohennsdissen (Ortsverband). Durchreisende Kollegen jeden Berufes erhalten Reisunterhüfung beim Kollegen Rohl, Nordstr. 10.

Natbor, O.-Schl. (Ortsverb.). durchreisende Verbandskollegen erhalten eine Unterhüfung von 75 Pf. beim Ortsverbandskassierer Franz Prell, Salstr. 17.

Bromberg (Ortsverb.). Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten 75 Pf. Ortsverbandsgeschenk beim Ortsverbandskassierer Kollegen Feindke, Feinestr. 10.

Post i. S. für Durchreisende Unterhüfung und Herberge bei August Müller, Fruchtstraße 6.

Wittold (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pf. Ortsverbandsgeschenk bei dem Kassierer ihres Ortsvereins.

Oberhausen (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 1 Mark Unterhüfung im Bureau, S. Lemastraße 67.

Sayman i. Schles. (Ortsverb.). Durchreisende Mitglieder erhalten eine Unterhüfung von 75 Pf. ausgezahlt beim Ortsverbandskassierer G. Walter, Blegingerstraße 48. Anweisungen sind bei den Vereinskassierern zu haben.

Halle a. S. (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten ihr Ortsverbandsgeschenk (Bergwerksarten im Werte von 1 Mark beim Kassierer ihres Berufes, Kollegen unvertretenen Berufes beim Ortsverbandskassierer Karl Mose, Große Steinstraße 10, S. IV.

Nathusen (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pf. Ortsverbandsgeschenk beim Kassierer H. Wieland, Derflingerstr. 15.

Döbeln. Durchreisende erhalten in der Herberge „Zur Heimat“ jedes Nachquartier und Frühstück. Karten sind beim Kollegen F. Hauptmann, Roßwäner Straße 9.